

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

02/ 2008
19.06.2008



1/3

Profitiert das Agrarland Bolivien von der Nahrungsmittelkrise?

Die Preise für Grundnahrungsmittel sind in den letzten Monaten weltweit gestiegen. Nach den Gesetzen des Marktes liegt dies sowohl an der gestiegenen Nachfrage als auch an einem zugleich abnehmenden Angebot. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung; der Veränderung der Ernährung in Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien, in denen mehr Fleisch konsumiert wird sowie dem Bedarf an Agrartreibstoffen in USA und Europa ist die Nachfrage gestiegen. Dagegen ist das Angebot an Nahrungsmitteln weltweit zurückgegangen. Ursachen sind vor allem klimatisch bedingte Missernten in den letzten Jahren (vgl. die aktuelle Situation in den USA); erosionsbedingte Flächenverluste in der Landwirtschaft; verminderter Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmittel, begründet in Preissteigerungen aufgrund des hohen Ölpreises; aber auch bewaffnete Konflikte in Agrarländern und Nachernteverluste. Die Knappheit der Nahrungsmittel fördert Spekulationsgeschäfte wie Hedgefonds und Aufkauf von Agrarflächen durch Investoren. In Fachkreisen wird schon seit Jahren vor Nahrungsmittelknappheit gewarnt.

Höhere Lebensmittelpreise – eine Katastrophe für die Armen

Auch in Bolivien sind Weizen, Mais, Reis, Fleisch, Gemüse und Milchprodukte zum Teil über fünfzig Prozent teurer geworden. Ein Großteil der Bevölkerung gibt bis zu dreiviertel seines Einkommens für den Kauf von Lebensmitteln aus (im Vergleich dazu sind es in Europa nur zehn bis fünfzehn Prozent). Diese Verteuerung der Nahrungsmittel führt zu einer quantitativen wie qualitativen Verschlechterung der Ernährung der Armen. Für alle, die am Existenzminimum leben, sind steigende Lebensmittelpreise eine Katastrophe. Auf ganz Lateinamerika bezogen schätzt man, dass die Preissteigerungen bei den Grundnahrungsmitteln die Anzahl der Armen um 30 Millionen ansteigen lässt. So warnen die Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank davor, dass die aktuellen Preissteigerungen in vielen Entwicklungsländern die erfolgreichen Bemühungen der letzten Jahre zur Armutsbekämpfung zunichte machen werden.

Agrarland Bolivien

Im Vergleich mit anderen Ländern Lateinamerikas (z.B. Zentralamerika, Haiti, Peru) ist die Produktion an Lebensmitteln in Bolivien mit fast fünfzig Prozent des Bedarfs relativ hoch. Jedoch haben Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürre, verursacht durch die „Niña“ in den letzten beiden Jahren, Ernteauffälle und Engpässe vor allem bei Reis, Mais, und in der Folge bei Hühnerfleisch nach sich gezogen. Auch haben billigere Importprodukte wie Weizenmehl aus Argentinien und die jahrelangen Getreideschenkungen der USA über das Programm PL480 die nationale, ehemals bedeutende Getreide-Produktion geschwächt, ja fast lahm gelegt. Ein weiteres Problem ist, dass die Erträge aus der kleinbäuerlichen und agroindustriellen Produktion eher abnehmen, da die Produktionsmethoden nicht nachhaltig sind und die natürlichen Ressourcen erschöpfen.

Politik der Ernährungssouveränität – ein zweiseitiges Schwert?

Präsident Evo Morales hat unlängst auf einer UNO-Versammlung provozierend gefragt: „Was ist wichtiger? Das Leben - oder das Auto?“ .

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail: schluesseinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

02/ 2008
19.06.2008



2/3

Die MAS Regierung möchte mit ihrer Agrarpolitik die kleinbäuerlichen und indigenen Produzenten fördern und legt den Schwerpunkt auf Ernährungssouveränität und Nachhaltigkeit (siehe Verfassungsentwurf und Nationaler Entwicklungsplan).

Keine Unterstützung erfährt die agroindustrielle Landwirtschaft im östlichen Tiefland mit Zentrum Santa Cruz, wo Viehzucht betrieben und vor allem Soja für den Export produziert wird; obwohl die Ausfuhr von Agrarprodukten ein großes Potential für die Ernährungssicherheit in sich birgt. Dies zeigt die Entwicklung im großen Nachbarland Brasilien, ein Agrarexportgigant, dessen Politik in der internationalen Diskussion als positives Beispiel der Hungerbekämpfung gilt. Die politischen Kräfte im Osten des Landes, die eine Autonomie anstreben und die Spaltung des Landes in Kauf nehmen, sehen sich durch die bolivianische Agrarpolitik bestärkt (vgl. dazu Schlüsselinfo 1/2008 vom 16.05.2008 Referendum in Santa Cruz).

Was das Konzept der Ernährungssouveränität betrifft, muss die Frage gestellt werden, wieweit staatliche Kontroll- und Subventionsmaßnahmen nötig werden, um die Preise für die Armen niedrig zu halten. Dies würde zu weiteren Problemen führen.

Die bolivianische Agrarpolitik schießt über manches Ziel hinaus

Die bolivianische Regierung schloss zum Ende des vergangenen Jahres das im Jahre 2000 begonnene, innovative staatliche Agrarberatungsprogramm SIBTA. Ursachen liegen in der Ausrichtung des Programms, das vor allem marktfähige Kleinbauernfamilien unterstützte. Die Geberländer, die dieses Programm mit entwickelt und finanziert haben, fühlen sich dadurch vor den Kopf gestoßen.

Leider ist es der Regierung bis heute nicht gelungen, ein entsprechendes Programm aufzulegen, das dem Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Kleinbauernfamilien im Tief- und Hochland aufgrund der akuten und chronischen Umweltkatastrophen gerecht wird. Die Verzögerungen und mangelnde Umsetzung der Pläne sind ein typischer Schwachpunkt der Regierung. Infolgedessen nehmen die Probleme bei Produktion und Vermarktung gerade in der Landwirtschaft täglich zu.

Kurzfristige Maßnahmen schüren die Spaltung des Landes

Angesichts der aktuellen und dringenden Lebensmittelkrise erlässt die Regierung umstrittene Dekrete. Diese verschärfen die angespannte innenpolitische Lage und führen zu finanziellen wie agrarpolitischen Problemen:

- Bereits seit letztem Jahr werden verstärkt fehlende Getreideprodukte eingeführt und subventioniert.
- Seit Mitte Februar 2008 nimmt der bolivianische Staat zur anfänglichen Finanzierung der neuen staatlichen Programme „Fonds für den Wiederaufbau, Ernährungssouveränität und Produktionshilfe“ eine Anleihe von 600 Millionen US Dollar aus der bolivianischen Zentralbank auf.
- Ende Februar wurde die Ausfuhr für Lebensmittel wie Fleisch, Weizen, Mais, Fett, Geflügel verboten. Nach den anhaltenden Preiserhöhungen gilt dies seit Mitte März auch für Speiseöl, das aus Soja und Sonnenblumen vor allem in Santa Cruz produziert wird. Letzteres hat nun eine hitzige Debatte zwischen der Regierung und dem separatistischen Osten entfacht, der dieses Dekret als politische Gängelung ohne wirtschaftliches Fundament sieht. Denn die Produktionsmengen übersteigen bei weitem den nationalen Bedarf. Dafür sei nun aber ein blühender Wirtschaftszweig bedroht. (vgl. dazu Schlüsselinfo 1/2008 vom 16.05.2008 Referendum in Santa Cruz).

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail: schluesselinfo@fundacionpueblo.org, Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien

Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo. Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.

Schlüssel Info Bolivien

Ein Beitrag der Fundación Pueblo/Dorfstiftung
zur Armutsbekämpfung in Bolivien

02/ 2008
19.06.2008



3/3

- Darüber hinaus wird das Parlament in diesen Tagen über ein Gesetz zu entscheiden haben, das die Konsumenten-Preise für Weizenmehl, Mais, Fleisch, Fett und anderes mittels staatlicher Subvention vorübergehend stabil halten soll.

Die Regierung ist bemüht, die schlimmsten Auswirkungen der Nahrungsmittelkrise für die Ärmsten abzuf puffern. Dass sie dabei auch die Agrarindustrie im Osten, wo ihre härtesten politischen Gegner sitzen, schwächen will, spiegelt den Konfrontationskurs beider Seiten. Diese Kämpfe nutzen den Armen nicht, ganz im Gegenteil. Gefragt sind Lösungen, die den Armen ihre Ernährung sichern.

Ein Agrarland wie Bolivien könnte von der globalen Nahrungsmittelkrise und den hohen Lebensmittelpreisen profitieren. Dies bedarf jedoch einer entsprechenden Agrarpolitik, die in die nationale Politik entsprechend eingebunden ist. Dies zu entwickeln wäre notwendig, dabei könnte die internationale Entwicklungszusammenarbeit hilfreich sein. Bedenklich stimmt hier, dass im neuen Lateinamerikakonzeptpapier des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit von Anfang 2008 die Agrarförderung gar nicht mehr explizit auftaucht.

Claudia Heid
Schlüssel Info Bolivien
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/ Dorfstiftung

Quellen:

- **FAO** Food and Agriculture Organization of the United Nations (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen).
- **BBCMundo.com** vom 22.4.2008
- **ECLA** (Economic Commission for Latin America) vom 30. 4.2008
- **Datos & Hechos**, Boletín Electrónico N° 13 Año (18 de Abril de 2008).
- **Datos & Hechos**, Boletín Electrónico N° 14 Año (25 de Abril de 2008).
- **La Razón**, 27.5.2008: La papa y el fideo son los productos que más subieron.

Schlüssel Info Bolivien darf gerne weitergegeben werden. Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben. Ein Belegexemplar wird erbeten. Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:
e-mail: schluesselinfo@fundacionpueblo.org , Tel./ Fax (+591) (2) 2124413, Postfach/ Casilla 9564, La Paz-Bolivien
Gefördert vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED-Bolivien) im Rahmen des Programms Acceso Público der Fundación Pueblo.
Der DED nimmt keinen Einfluss auf die hier vertretenden Meinungen.